

Forum und Dialog

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **166 (2000)**

Heft 5

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Äusserungen von Dr. Christoph Blocher, ASMZ 3/2000

Als Berufsoffizier des Festungswachtkorps komme ich nicht umhin, einige Punkte im Artikel von Nationalrat Blocher zu kommentieren. Auf die fragwürdige Argumentation von Herrn Blocher bezüglich Armeereform, Auslandseinsätzen und Militärgesetz, welche ja hinlänglich bekannt ist, will ich gar nicht erst eingehen. Wie er jedoch versucht, Miliz- und Berufskomponenten unserer Armee gegeneinander auszuspielen, ist mehr als bedenklich. Seine Äusserungen über die Berufssoldaten sind geradezu eine Beleidigung und ein Schlag ins Gesicht jedes Instructors, Piloten oder Festungswächters.

■ Sie werden als «Berufslegionäre» bezeichnet, welche auf eine militärische Karriere angewiesen sind. Erstens ist die Bezeichnung «Berufslegionär» unzutreffend und spöttisch, zweitens haben die wenigen Profis der Armee, davon bin ich zutiefst überzeugt, diesen Beruf gewählt, um ihrem Land zu dienen und damit zur Sicherheit der **ganzen** Bevölkerung beizutragen. Und Karriere, Herr Blocher, kann man in der Armee auch als Milizangehöriger machen.

■ Die «hochbezahlten Söldner», welche abschätzig Bezeichnung, verdienen weniger als einen Bruchteil von Herrn Blocher, haben aber durch ihre Arbeit ein Vielfaches für den **guten** Ruf der Schweiz getan als Herr Blocher während seiner ganzen Politkarriere.

■ Zur Militarisierung der humanitären Hilfe sollte sich Nationalrat Blocher bewusst sein, dass alle 400 zivilen Hilfsorganisationen, welche eine grossartige Arbeit im Kosovo leisten, ohne die Anwesenheit von **bewaffneten**, militärischen Verbänden keine Chance zur Ausübung ihrer Tätigkeit hätten. Aber nach Ansicht von ihm sollen nur die anderen das Risiko des sicherheitsrelevanten Teils des Einsatzes tragen. Wir Schweizer schmücken uns dann mit den Federn der mehrheitlich ungefährlichen, humanitären Hilfeleistung. Das ist unsolidarisch, feige und der Schweiz und ihrer Armee nicht würdig. Dies hat im Übrigen sogar die Sozialdemokratische Partei inzwischen gemerkt. Wann erwachen auch Sie, Herr Blocher?

Oblt Daniel Bernasconi,
3098 Köniz BE
Berufsoffizier FWK/Kdt MP
Gren Kp II/1

Bewaffnete Schweizer Soldaten im Ausland?

Bewaffnete militärische Einsätze bilden die Gefahr der Parteinahme und Verwicklung in Kampfhandlungen und gefährden dabei die neutrale humanitäre Arbeit sowie die Vermittlungstätigkeit der Schweiz. Zudem besteht auch die Gefahr einer Einbindung in internationale Machtstrukturen. Unsere Armee, unsere Soldaten haben unser Land zu verteidigen und zu beschützen.

Um eine Vermischung mit militärischen Einsätzen und ziviler Aufbauarbeit zu vermeiden, sollte die Aufbauarbeit an Ort und Stelle ausschliesslich durch das Schweizerische Katastrophenhilfekorps (SKH) erfolgen. Das SKH ist deshalb personell und materiell auszubauen und insbesondere mit Genie-, Sanitäts- und Versorgungsmaterial namhaft zu verstärken.

Unsere erfolgreich praktizierte Neutralität, die guten Dienste gegenüber Drittstaaten, die bewährten, traditionellen humanitären Leistungen bilden den Solidaritätsbeitrag des Kleinstaates Schweiz an die Völkergemeinschaft und sollen nicht mit militärischen Einsätzen im Ausland vermischt und verwässert werden. 1999 z. B. hat die Schweiz über 45 000 Flüchtlinge, Deutschland mit zehnmal mehr Einwohnern, über 95 000 Flüchtlinge aufgenommen – im Verhältnis zur eigenen Bevölkerung hat die Schweiz am meisten Asylbewerber aufgenommen und damit einen aussergewöhnlichen Solidaritätsbeitrag geleistet, welcher auch vermehrt kommuniziert werden muss.

Ernst Reutimann
8303 Bassersdorf

Was wir Schweizer wirklich getan haben

Der Bergier-Bericht über die Flüchtlingspolitik im Zweiten Weltkrieg gipfelt in dem Satz: «Für die Juden hätte die Schweiz mehr tun können.» Darf ich, der ich als junger Soldat die damalige Zeit miterlebt habe, bezeugen, was die Schweiz wirklich getan hat? Im Jahre 1942, als der Einmarsch der Hitler-Truppen unmittelbar bevorstand, habe ich unter Hauptmann von Erlach (er entstammte einer alten Berner Offiziersfamilie) in Zürich die Infanterie-Rekrutenschule absolviert. Wir wurden geschlaucht wie eine Olympia-Nationalmannschaft, die auf eine Höchstleistung getrimmt

wird. Auf unseren Nachtmärschen in der Verlegung war ich oft einer Ohnmacht nahe, obschon ich sehr kräftig war. Wir Rekruten beklagten uns nicht, denn wir wussten, dass es um Sein oder Nichtsein unserer Eidgenossenschaft ging. Vom gleichen Geist beseelt waren praktisch alle Soldaten und Offiziere unserer Armee, die damals – um im Sportjargon zu reden – eine Goldmedaille verdient hätten. Die kleine Schweiz im Herzen Europas, eingeschraubt von den siegreichen Achsenmächten, war das einzige Land, das den Truppen Hitlers widerstand. Wenn ein Einzelner oder ein Volk eine Höchstleistung vollbringt, muss man in Kauf nehmen, dass er andere Aktivitäten einschränken muss. Die Schweizer Armee hat erreicht, dass die 30 000 Juden in der Schweiz Aufnahme fanden, nicht an die Nazis ausgeliefert wurden wie im übrigen Europa. War das keine Leistung? Trotzdem wird das Schweizer Volk diesbezüglich beschimpft und erpresst. Dass ein kleines Volk den Mut aufbrachte, gegen die tödliche Barbarei Hitlers einen Kampf auf Leben und Tod aufzunehmen und alle Kräfte auf dieses Ziel hin konzentrieren musste, kommt im Bergier-Bericht, der von Besserwisseri und Moralisererei trieft, nicht zur Geltung.

Arnold Guillet
8260 Stein am Rhein

In der nächsten Nummer:

- Botschafter Walter Fust, DEZA: im Gespräch mit dem stv. Chefredaktor
- PRO und CONTRA: Freie Wahl zwischen Armee und Bevölkerungsschutz
- Manual ICRC: Fight it right

Ehrenmeldung

Im Herbst 1999 wurde der Elektronische Behelf für den Generalstabsdienst zurückgezogen. Die Aktion war überfällig; seit spätestens Ende 1997 war der EBG inhaltlich überholt, damit unbrauchbar geworden, lästiges Gepäck und in gewissem Sinne auch ein Sicherheitsrisiko. In einem fünfseitigen Paperass unterstellte ein Oberst die unzumutbaren technischen Modalitäten dieses glorreichen Rückzuges kurzerhand dem Dienstgeheimnis. Zudem wäre ein zweiseitiges Formular mit total elf Abschnitten zu unterschreiben gewesen, auf dem alle EBG-Hüter (notabene auch Ranghöhere) u. a. Kenntnis zu nehmen hatten von «der Tatsache, dass Unregelmässigkeiten mit allen disziplinarischen, strafrechtlichen und vermögensrechtlichen Mitteln strikt geahndet werden».

Nach meiner Umteilung in die Personalreserve per 1. Januar 2000 erhielt ich Mitte März ein Schreiben des Bundesamtes für Bauten und Logistik, Abteilung EDMZ. «Sehr geehrter Herr Oberst», hiess es da, «wir bitten Sie höflich, diese

Der Kosovokrieg, eine politische Wende? Konsequenzen für die schweizerische Sicherheitspolitik

Der Urner alt Ständerat Franz Muheim nimmt in seinem Beitrag vom 15. Februar kritisch zum Bericht 2000 «Sicherheit durch Kooperation» Stellung. Ausgangspunkt für ihn ist der Kosovokrieg von 1999.

«Der Kosovokrieg wirft – sehr zu Recht – eine Reihe heikler Fragen um Macht und Recht sowie Moral und Menschlichkeit auf. Der vorliegende Versuch, einige Aspekte dieses unseligen Krieges kritisch zu bewerten, ist als Beitrag zu dieser Kontroverse zu verstehen. Jedenfalls – so will mir scheinen – ergibt sich für unser Land eine eindrückliche Lehre. Die Schweiz sollte als die für den Kleinstaat langfristige beste Verhaltensweise eine kluge und zurückhaltende Politik führen.

Die vom Bundesrat präsentierte Neuorientierung der schweizerischen Sicherheitspolitik (Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Sicherheitspolitik der Schweiz vom 7. Juni 1999) weist in einem Punkt in die falsche Richtung. Sie beruht bezüglich des Einsatzes von bewaffneten Verbänden der Schweizer Armee auf einer rein momentanen Betrachtung und lässt eine Reihe von Fragen unbeachtet.»

Franz Muheim versteht seine Kritik als Beitrag zur Diskussion über die innere und äussere Sicherheit der Schweiz. Diese Diskussion muss dringend aufgenommen werden und soll auch in der ASMZ geführt werden.

G.

vertraulichen Akten... zu retournieren... Für weitere Fragen stehen wir gerne zur Verfügung.» Unterzeichnet: «i.A.B. Schneider». Welch ein Kontrast zur grossspürigen Rückzugsoperation für den EBG! Das ist eine Ehrenmeldung für Herrn Schneider wert: Er hat das Richtige getan, zeitgerecht und speditiv gehandelt und erst noch den Ton gefunden, der auch in der Armee XXI Bestand haben wird.

Felix Hunziker-Blum
8200 Schaffhausen

Luftwaffe quo vadis?

Als es damals darum ging, die Volksabstimmung für die Beschaffung des F/A 18 zu gewinnen, reisten wir vortragend durch die Lande. Wir hatten gute, glaubwürdige Argumente. Eine Frage stellten die Zuhörer immer und immer wieder. Genügen denn 34 Flugzeuge? Antwort ja, denn die technische Überlegenheit des Jägers... und so weiter und so fort. Wir haben aber auch zugegeben, dass man sich nach der finanziellen Decke strecken müsse und dass zu einem späteren Zeitpunkt eine Nachbeschaffung durchaus denkbar sei. Das klang plausibel.

Nun wurden die Mirage-Jäger ausgemustert, und die Luftwaffe erklärte, die Aufklärer müssten ersetzt werden, da die Inbetriebnahme dieser kleinen Mirage-Restflotte zu teuer sei. Das tönt plausibel, und unser Volk würde heute wahrscheinlich ohne weiteres akzeptieren, eine weitere Tranche F/A 18 zu beschaffen. Nun kam die grosse Überraschung! Kaum war die letzte Maschine geliefert, ist unser F/A 18 nicht mehr beschaffbar! Das heisst wir müssen unsere Kleinstflotte an modernen Kampfflugzeugen mit einem anderen Typ, zum Beispiel dem Gripen, ergänzen. Das ist, gelinde gesagt, eine sehr unwirtschaftliche Lösung. Ich kann mich nicht erinnern, damals gehört zu haben, dass die F/A-18-Flotte nie werde ergänzt werden können.

Die F/A-18-Beschaffung ist kein Flop, wie zum Teil in der Presse behauptet. Im Gegenteil, sie ist ein voller Erfolg: Spezifikation, Termine und Kosten konnten in diesem äusserst komplexen Rüstungsvorhaben eingehalten werden. Die Tatsache, dass unser Typ nicht mehr nachgeliefert werden kann, ist aber mehr als ein Schönheitsfehler.

Hans Georg Schlatter
Oberst aD, 5430 Wettingen

Innere Sicherheit und Grenzschutz: berechnete Besorgnis

Das Eidgenössische Finanzdepartement veröffentlichte am 13. Januar 2000 die Ergebnisse der grenzpolizeilichen Aufträge des Grenzwachtkorps (GWK) im Jahre 1999. Das GWK deckte mit 2806 Fällen von Drogenschmuggel im Vergleich zum Vorjahr (1998: 1779) über 1000 Fälle mehr auf. Mit 1762 Ausweissfälschungen wurden gegen 300 mehr nachgewiesen (1998: 1488). 108 247 Personen oder rund 6000 Personen mehr als 1998 (102 196) wurden an den Grenzübergängen zurückgewiesen, weil sie die Voraussetzungen zur Einreise nicht erfüllten. Das GWK betreibt insbesondere die Grenzfahndung und bekämpft die grenzüberschreitende Kriminalität und den organisierten Schmuggel von Betäubungsmitteln. Der gleichbleibende Personalbestand verursacht bei vertieften und damit mehr Zeit erfordernden Kontrollen weniger Wirkung und eine höhere Dunkelziffer. «Diesem Dilemma ist nur mit mehr Grenzwachterinnen und Grenzwachtern zu begegnen»,

stellt das Grenzwachtkommando II in Schaffhausen fest.

Der Bundesrat schrieb am 31. Mai 1999 in seiner Antwort auf die Interpellation von Nationalrat Jakob Freund (SVP, AR) vom 19. März 1999 «Personalbestände bei den Zoll- und Grenzwachorganen», er zähle die innere Sicherheit zu den prioritären staatspolitischen Zielen. Er räumt ein: «Die seit Jahren knapp bemessenen Personalbestände haben zu einer zunehmenden Beschränkung der Kontrolltätigkeiten geführt.» In ihrer Stellungnahme vom 20. Dezember 1999 zur Motion von Nationalrat J. Alexander Baumann (SVP, TG) vom 19. März 1999 «Gewährleistung der Sicherheit an der Grenze» drückt die Landesregierung ihre Besorgnis über die kriminelle Gewalt aus, der Grenzwachter in Ausübung ihrer Aufgaben zum Opfer fallen können. Sie habe das GWK im März 1998 durch 100 Angehörige des Festungswachtkorps verstärkt, befristet bis Ende 2000. Beim GWK bestehe «ein Unterbestand von 200 Grenzwachbeamtinnen und Grenzwachbeamten». Die Frage der

Sicherheit an der Grenze könne nicht losgelöst von einer umfassenden Überprüfung des Systems der inneren Sicherheit der Schweiz beantwortet werden.

Am 4. November 1999 verfügten Bundesrätin Ruth Metzler-Arnold, Vorsteherin des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes, und Regierungsrat Jörg Schild, Präsident der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren, den Einsatz der Projektorganisation «Überprüfung des Systems Innere Sicherheit der Schweiz» (USIS). Es geht um die Organisation auf Bundesebene und die Aufgabenteilung Bund-Kantone, weil der föderalistische Staatsaufbau unter anderem bei der internationalen Verbrechensbekämpfung an seine Grenzen stösst. Ein Zwischenbericht ist Ende August 2000 zu erwarten. Der Schlussbericht soll dem Bundesrat Ende Februar 2002 unterbreitet werden.

Oberst Heinrich Wirz
Militärpublizist
3047 Bremgarten

Welche Sicherheitskonzeption ist richtig?

Der Artikel von Nationalrat Christoph Blocher in der ASMZ 3/2000 trug zur Klärung der Standpunkte betreffend die künftige Sicherheit der Schweiz wesentlich bei. Je faktischer sie umrissen werden, desto einfacher wird es für den Leser und letztlich das Volk (Umverteilungsinitiative, Referendum Militärgesetz), sich für die beste Art der künftigen Sicherheitspolitik einzusetzen. Die Stichworte von Gustav Däniker stellen eine Gegenposition dar.

Strategisches Umfeld: Nichts leichter, als ein düsteres Bild der Welt zu zeichnen. Dabei darf man aber die positiven Entwicklungen nicht weglassen. Einige Akteure auf der Weltbühne sind selbstkritischer geworden; namentlich in Europa werden zunehmend vernünftige Lösungen gefunden und verwirklicht. Veränderungen im Umfeld sind natürlich; riskante gilt es zu vermeiden, Chancen sind zu nutzen.

Sicherheitsstrategie des Westens: Trotz Differenzen zwischen USA und Europa gibt es seit 1989/90 eine gemeinsame Überzeugung: Gewaltkonflikte sollen möglichst präventiv und mit vereinten Kräften gemeistert werden. Eine Strategie der Stabilisierung hat die Strategie der Abschreckung abgelöst. Praktisch alle westlichen Armeen haben sich auf dieses Konzept eingestellt. Sein Erfolg

lässt sich u. a. daran messen, dass Flüchtlingsströme gestoppt und Heimkehr ermöglicht werden konnten.

Zustand der Schweiz: Auch das Schweizer Volk ist nicht homogen. Selbst wer traditionelle Werte verteidigt, kann nicht für alle sprechen. Unsere Gesellschaft ist in raschem Wandel begriffen. Dieser spiegelt sich auch in der Armee. Junge Schweizer und Schweizerinnen sind bereit, für ihr Land Sinnvolles zu leisten; sie akzeptieren sachbezogen Überzeugendes. Mythenpflege interessiert sie nicht.

Bedrohungsbild: Ein militärischer Angriff ist nicht aktuell; ein weites Gefahrenspektrum ist trotzdem vorhanden. Wachsende Kriminalität und neuer Terrorismus springen ins Auge. Zu wenig wird bedacht, dass unberechenbare Staaten Massenvernichtungsmittel und weit reichende Trägerwaffen zu beschaffen suchen, dass immer wieder grosse Fluchtbewegungen auftreten können und sogar eine Renationalisierung militärischer Verteidigung denkbar ist. Schon viele Machthaber brachten es fertig, Angriffsarmeen aus dem Boden zu stampfen. Dass auch die A XXI den «Aufwuchs» sicherstellt, ist somit richtig. Dauernd abwehrbereit zu sein, wäre weder technisch noch finanziell möglich.

Neutralität, humane Schweiz und Alleingang: Der Bundesrat

will die Neutralität nicht abschaffen; sie lässt sich heute aber weder «vermarkten» noch bietet sie Schutz gegen Angriffe. Auch mit stärkerem humanitären Wirken lösen wir keine Sicherheitsprobleme. Ebenso wenig kann eine autonome «Widerstandsarmee» grenzüberschreitende Gewalt fernhalten, wie sie schon stattfindet oder jederzeit zu erwarten ist; das geht nun einmal nur noch mit internationaler Zusammenarbeit. Solche Tatsachen festzustellen hat mit Defätismus nichts zu tun.

«Sicherheit durch Kooperation»: Der Sicherheitsbericht 2000, vom Parlament zustimmend zur Kenntnis genommen, trägt solchen Erkenntnissen Rechnung. Zur Selbstbestimmung, Selbstbehauptung und Friedenssicherung setzt er auf zwei Pfeiler. Einerseits auf Kooperation im Inland zwischen allen geeigneten zivilen und militärischen Mitteln; andererseits auf Koproduktion von Sicherheit mit internationalen Organisationen und befreundeten Staaten. Dazu gehört auch die – nicht automatische, sondern fallweise von Bundesrat und Parlament beschlossene! – Teilnahme an Friedensoperationen mit Schweizer Truppen. Im eigenen Interesse, als «strategische Vorverteidigung» und zum Zwecke glaubwürdiger Solidarität.

Dr. phil. Gustav Däniker, Div a D,
Rigistrasse 3, 8802 Kilchberg ■